

## Pressemitteilung

### **zum Gespräch von Elternvertretern der Gymnasien Südniedersachsens und Mitgliedern der Niedersächsischen Direktorenvereinigung mit Christian Dürr, Fraktionsvorsitzender der FDP im Niedersächsischen Landtag**

In der vergangenen Woche hatten Elternvertreter des Arbeitskreises der Gymnasien Südniedersachsens, eine Vertreterin des Verbands der Elternräte an Gymnasien sowie Schulelternräte und Schulvorstandsmitglieder von Gymnasien der Landkreise Northeim und Osterode zusammen mit Stefan Bungert, Gymnasialschulleiter in Seesen und Pressesprecher der Niedersächsischen Direktorenvereinigung, und weiteren Gymnasialschulleitern aus Einbeck und Bad Gandersheim Gelegenheit, ein ausführliches Gespräch mit Christian Dürr, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP im Niedersächsischen Landtag, zu führen. Themenbereiche waren die Schulgesetznovelle, die Qualitätssicherung an Gymnasien sowie die Perspektiven des kürzlich von der FDP-Landtagsfraktion an die Landesregierung gerichteten Angebotes für einen Schulfrieden bis zum Jahre 2030.

Der durch die Schulgesetznovelle eingeleitete Strukturwandel werde, so herrschte absoluter Konsens, zu einer negativen Trendwende beim Standorterhalt und der Sicherung der Qualität gymnasialer Bildung führen. Mit einer erheblichen Reduktion von Standorten des gegliederten Schulsystems sei zu rechnen, so Christian Dürr. Diese werde zunächst vor allem in der Fläche stattfinden, sich dann jedoch auch auf die Städte ausdehnen und somit langfristig das gesamte Bundesland erfassen. Die anwesenden Gymnasialschulleiter bemerkten hierzu, dass der Landesrechnungshof schon in verschiedenen Landkreisen Schließungen empfohlen habe, so auch im Landkreis Northeim. Auch hoben sie hervor, dass durch die Neugründung von Gesamtschulen in Landkreisen mit großem Rückgang der Schülerzahlen die Zügigkeit der Gymnasien und damit die Attraktivität ihrer Angebote sinken werde, neben der prinzipiellen Erreichbarkeit ein wesentliches Kriterium für die Anwahl.

Schulelternratsvorsitzende der Region sowie des Arbeitskreises der Gymnasien Südniedersachsens hoben hervor, dass für das Schuljahr 2015/16 im Regionalbezirk Braunschweig an den Gymnasien nur 20 neue Lehrkräfte eingestellt würden, wodurch die anstehenden Pensionierungen an ihren Schulen bei weitem nicht aufgefangen würden. Dieser Faktor werde mittel- und langfristig die Qualität der gymnasialen Bildung senken. Kein Schulleiter könne das kompensieren. Durch diesen Quasi-Einstellungsstopp finde die wünschenswerte alters- und erfahrungsspezifische Durchmischung der Kollegien an Gymnasien nicht mehr statt. Zugleich blieben strukturelle, fächerspezifische Mängel an der einzelnen Schule so auf unabsehbare Zeit bestehen. Ziel müsse deshalb weiterhin eine Unterrichtsversorgung von ca. 104 Prozent sein, um eine tatsächliche 100-prozentige Versorgung überhaupt umsetzen zu können. Hinzu komme die für die Gymnasien schlechte PR bezüglich der Aussetzung von Klassenfahrten. Hier wünsche man sich weiterhin einen konstruktiven Dialog, wobei sich alle Beteiligten darin einig waren, dass die Fahrten vermutlich sofort wieder aufgenommen würden, wenn die durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an den Gymnasien gewonnenen Stunden auch tatsächlich im Gymnasium verblieben und nicht an andere Schulformen gingen.

Elternvertreter sowie Direktoren mahnten aussagekräftige Vergleichsstudien zu Leistungen in den verschiedenen Schulformen, die das Abitur anbieten, an. Hinzukommen müssten aber auch Vergleichsstudien zur Studierfähigkeit der jeweiligen Abiturienten. Die Bewertung der Leistungen in der Qualifikationsphase wie auch der Abiturprüfung selbst müsse an allen Schulformen; an Gymnasien, BBS, IGS und den Abendschulen an den gleichen Maßstäben gemessen werden. Hier war

den anwesenden Eltern die Gleichbehandlung der Schüler/innen aller Schulformen allein schon im Hinblick auf zulassungsbeschränkte Studiengänge ein fundamental wichtiger Aspekt.

Christian Dürr machte den Anwesenden angesichts der schwierigen bildungspolitischen Zeiten folgende Vorschläge zur Qualitätssicherung an den Gymnasien: Er verwies zunächst nachdrücklich auf die bewährte Leistungsfähigkeit und das Qualitätsmerkmal der „Marke“ Gymnasium, das auch in Zukunft hochgehalten werden müsse. Deshalb regte er insbesondere an, alle Schulformen des differenzierten Schulsystems weiterhin zu stärken, nicht zuletzt durch einen gemeinsamen Auftritt und durch gutes Marketing. Die Wettbewerbsfähigkeit, hier insbesondere der Gymnasien, sei dabei selbstverständlich an die Gleichheit der Bedingungen bei der Ressourcenzuweisung gebunden. Hier sahen sowohl er als auch die anwesenden Gymnasialdirektoren seit 2013 eine kontinuierliche Benachteiligung. Bildungsgerechtigkeit, so waren sich alle Anwesenden einig, dürfe nicht durch einseitige Verknappung der Ressourcenzuweisungen ausgehebelt werden – und das zusätzlich zu den strukturellen Nachteilen, die aus dem geplanten Schulgesetz erwachsen.

Laut Christian Dürr habe die FDP ein Schulfriedensangebot gemacht, das sich an alle im Landtag vertretenen Parteien, insbesondere aber an die Fraktionen der Regierungsparteien richte. Ziel sei es, einige zentrale Eckpunkte der großen Schulgesetznovelle von allen Parteien mitzutragen und für andere im Gegenzug Kompromisse zu finden. Darauf habe die Landesregierung bislang nicht reagiert. Darüber hinaus habe sie sich auch geweigert, die angefragten aktuellen Zahlen zur Lehrerversorgung an Gymnasien zu veröffentlichen. Dürr berichtete weiter, dass mehrere Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion wegen dieses Sachverhalts zwischenzeitlich beim Staatsgerichtshof Klage gegen das Kultusministerium eingereicht hätten.

Alle Gesprächsteilnehmer waren sich darin einig, dass der zur Zeit bestehende „Unfriede“, der sich in Normenkontrollklagen gegen das Kultusministerium bzw. die Landesregierung, zwei Petitionen, die beide mittlerweile dem Landtag vorliegen, Boykotten und Demos von Eltern, Schülern und Lehrern spiegelt, nur durch geeignete qualitätsfördernde Maßnahmen beendet werden könne. Zugleich müssten die Schulstrukturen nach Umsetzung von G9 endlich einmal über einen längeren Zeitraum Bestand haben. In diesem Zusammenhang bekräftigten die Elternvertreter aber ihren festen Willen, ihren Widerstand gegen die derzeitigen schulpolitischen Pläne erst aufzugeben, wenn entsprechende Maßnahmen getroffen würden. Eine verlässliche finanzielle Grundlage für die Schulen des gegliederten Systems sei unerlässlich, um die nötigen Rahmenbedingungen, wie z. B. ausreichende Lehrerneueinstellungen, Planstellen im Verwaltungs- und sozialpädagogischen Bereich, gesenkte Klassen- bzw. Kursgrößen, eine Vertretungsreserve sowie mehr Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben, zu gewährleisten.

Ein weiteres Thema sprach der ebenfalls anwesende Vertreter des Landeselternrates für die ausländischen Schülerinnen und Schüler an. Er forderte dringend ein, dass die derzeitige Praxis beendet werden müsse, bei der Flüchtlingskinder ohne vorherigen Sprachunterricht am Regelunterricht der Schulen teilnahmen. Dies führe zu einer permanenten Überforderung und Desintegration dieser Mädchen und Jungen. Dadurch würde in keiner Weise auf die schweren Traumata und auf die Bedürfnisse dieser Kinder reagiert, sondern lediglich Geld gespart. Dies sei kein sozialer Umgang mit Flüchtlingskindern.

Gez. Marion Villmar-Doebeling

Gez. Claudia Sommerfeldt,

Zwei der drei Sprecherinnen der Elternvertreter der Gymnasien in Südniedersachsen